

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 1.50 (Postgebühren, beim eigenen Postamt bestellt). — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Wg. Beilagen unter 25 g je laufende 15 Wg. Schluss der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 17.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 21. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Wer, Welt, in dir sich Tempel baute,
Dem sanken sie in tiefe Nacht!
Wer deinen Schmeheltdänen traute,
Dem hat ein falsches Glück gelacht.

Nur Traum ist alles auf're Streben,
Vergänglich, was die Erde hegt!
Nur wirklich ist das inn're Leben,
Das uns empor ins Ew'ge trägt.

Delia Helena.

Theorie und Praxis.

(Schluß.)

Arbeitslosigkeit. Ein Allheilmittel gibt es m. E. nicht. Man könnte aber zunächst alle Saisonarbeiter ausscheiden, die auch schon vor dem Kriege im Winter arbeitslos waren, ferner alle Frauen und Mädchen, sofern der Mann oder Vater voll beschäftigt ist, und alle Männer, deren Frauen gewerblich tätig sind. Auch die Bauernsöhne und -töchter müßten ausscheiden, soweit sie im Sommer auf dem väterlichen Hofe beschäftigt werden. Auch müßte die jetzige unsinnige Bestimmung, wonach ein Arbeitsloser seinen Anspruch auf Stempelgeld verliert, wenn er vorübergehend mehr als 2 Tage arbeitet, fallen, sofern er vorher wenigstens 3 Monate beschäftigt war. Von da ab müßten 6 Monate gerechnet werden, auch wenn sie durch Aushilfsarbeiten beliebig oft unterbrochen werden. In ähnlicher Weise ist die Krisenunterstützung zu zahlen. Auch hier darf eine vorübergehende Aushilfsarbeit die Rechte für ein halbes Jahr nicht unterbrechen.

Uebrigens haben sich in verschiedenen Gemeinden eine ganze Menge Stempler „verzogen“, sobald die „Arbeitslosen“ von den Arbeitsämtern an die Arbeit gestellt wurden. Auch ist es eine bekannte Tatsache, daß eine ganze Anzahl Arbeitsloser an den Zahltagen die Wirtschaften besuchern und dort ihr Stempelgeld in Alkohol umsetzen. Ferner sieht man die jungen Burken fast ständig mit der Zigarette im Mund und im Kino haben sie ihren Stammsitz. Trotzdem gibt es ein wirkliches, furchtbares Arbeitslosentum, besonders unter den älteren verheirateten Arbeitern und Angestellten. Bei den letzteren fragt man nicht nach „wohlerworbenen Rechten“, nach 25- und 30-jähriger Dienstzeit, man setzt sie einfach auf die Straße. Am schlimmsten leiden die Kleinstrentner, die durch die Inflation alles verloren haben, die kleinen, ehemals selbstständigen Geschäftsleute ohne Pension und ohne Rente, aber auch die jüngeren Leute, welche keine Angehörigen haben und nun bettelnd von Ort zu Ort ziehen.

Arbeitsstreckung. Scheinbar ist es ein einfaches Rechenexempel, daß 100 Leute bei vierstündiger Arbeitszeit beschäftigt werden können, wenn bisher 50 Leute 8 Stunden tätig waren. In Wirklichkeit ist eine solche willkürliche Vermehrung der Arbeitskräfte meist unmöglich, weil 1. die gelernten, eingearbeiteten Leute fehlen, 2. die Maschinen für 50 und nicht für 100 Personen ausreichen, 3. die Arbeitsräume häufig für die doppelte Arbeiterzahl zu klein sind.

Nun könnte man geltend machen, die ersten 50 Arbeiter arbeiten vormittags 4 Stunden, die zweite Hälfte nachmittags 4 Stunden. Selbst wenn genügend gelernte Arbeiter zur Verfügung ständen, würde es doch schwierig, in vielen Fällen unmöglich, sein, alle 4 Stunden mit der Bedienung der Maschinen zu wechseln. Ich fürchte, die wertvollen Maschinen würden bald ruiniert sein und die Arbeitsleistung würde rapide zurückgehen, sowohl nach Qualität, wie nach Quantität.

Rationalisierung. Auch die Fortschritte der Technik und die vernünftige Arbeitsteilung können m. E. nicht für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Es ist doch zu begrüßen, daß der Arbeiter nicht mehr Sklave, sondern Herr der automatisch arbeitenden Maschine ist; — während er früher Tage, Wochen, Monate und Jahre immer die gleiche Bewegung an der Maschine machen mußte, überwachte er heute die von ihm unabhängige automatische Fabrikation.

Wieviel Handwerker machte die Erfindung des mechanischen Webstuhls im Jahre 1786 arbeitslos, wieviel Fuhrleute wurden durch die Eisenbahn vor 100 Jahren überflüssig und keiner von ihnen ist damals verhungert.

Sozialisierung der Betriebe. Das Betriebskapital der Zeiherwerke in Jena ist eine Stiftung, braucht also keinen Gewinn abzuwerfen. Die Organisation der Zeiherwerke ist gut und vorbildlich, kann aber nicht überall nachgeahmt werden, weil die Vorbedingungen fehlen. Die Zeiherwerke sind auf dem Gebiete der optischen Instrumente führend, sie verfügen über ungezählte

Patente und haben einen derartigen Weltruf, daß sie glänzend beschäftigt sind, auch wenn größere und kleinere Konkurrenzbetriebe aus Mangel an Aufträgen still liegen. Eine solche fast konkurrenzlose Stellung haben nur wenige Betriebe; die große Menge der Betriebe, welche Stapelartikel herstellt, kann nicht so sorglos arbeiten wie die Zeiherwerke. Es gibt ja jetzt eine Menge leerstehender, maschinell gut ausgerüsteter Betriebe, die zu einem Spottpreis zu haben sind. Warum kaufen die sozialistischen Gewerkschaften solche Fabriken nicht auf und setzen sie in Betrieb? Sie können dann alle sozialistischen Experimente ausprobieren.

Eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist durchaus zu begrüßen, selbst, wenn der Reallohn dadurch sinken würde, aber andererseits erhebt sich die Frage: Wie steht es mit der Verlustbeteiligung? Soll der Unternehmer den Gewinn teilen, aber den Verlust allein tragen?

Heimarbeit. Schon vor dem Kriege erregten die Hungerlöhne der Heimarbeiter in Thüringen, Schlesien usw. allgemeine Empörung. Wenn die verflorenen sozialistischen Regierung in Berlin nichts getan hat, um solche Zustände, wie kürzlich im „Aufwärts“ geschildert, zu beseitigen, so hat sie ihre Pflicht in größter Weise vernachlässigt. Schuld an den Hungerlöhnen ist die mangelhafte oder ganz fehlende Organisation, die Ausbeutung durch gewisse Auftraggeber und die Preisdrückerei des kaufenden Publikums für solche Handarbeiten.

Wohnungsnot. Abgesehen von den Großstädten, den Gutsbezirken im Osten und Norden und den ganz armen Dorfgemeinden besteht heute keine eigentliche Wohnungsnot mehr, in dem Sinne, daß Familien heute ohne eigene Schuld obdachlos sind. Beweis ist das Massenangebot von möblierten Zimmern, auch in den Großstädten. Viele Familien sind durch Todesfälle, Heirat oder Wegzug von Angehörigen zusammengeschrumpft, behalten aber die große Wohnung bei, weil sie billig ist und weil eine kleine Wohnung in einem Neubau mehr kosten würde als die große Altwohnung. Heute ist die Wohnungsnot weniger eine Raumnot, als eine Geldnot. Eine Arbeiterfamilie ist nicht in der Lage, eine Miete von 70 bis 90 Mark im Monat für 2 Zimmer und Küche aufzubringen oder 90 bis 110 Mark für 3 Zimmer und Küche. Neubauwohnungen stehen, wenigstens in Süddeutschland, genügend zur Verfügung, die Mieten sind aber für die Arbeiter und kleinen Angestellten unerschwinglich. Da hilft nur eine Verbilligung der Hauszinssteuer-Hypothek und Ablösung der Sparkassen-Hypotheken durch die Hauszinssteuerhypothek. In Großstädten wie Berlin, Hamburg usw. wird es immer eine Wohnungsnot geben, solange der Massenandrang vom Lande in die Großstädte anhält.

Wenn übrigens das Ein- und Zweikindersystem auch auf dem Lande um sich greift, werden wir bald Wohnungen genug, aber keine Bewohner dafür haben, besonders, wenn die Kriegsjahrgänge heiraten.

Siedelung. Der Siedelungsgedanke ist gut und zweckmäßig. Das Ziel: jeder Familie ein Eigenheim, ist wahrhaft sozial. Es ist aber erfahrungsgemäß sehr schwer, einen Großstädter, z. B. einen Berliner, zu bewegen, aufs Land hinauszuziehen. Er wohnt lieber in einem Loch in der Großstadt, oder im lichtlosen Hinterhaus, als in einem Eigenheim auf dem Lande oder vor den Toren der Stadt. Gewiß, die Wohnung gefällt ihm besser, es fehlen ihm aber die Gesellschafts- und Vergnügungsmöglichkeiten, Kinos, bequeme Einkaufsmöglichkeiten, Warenhäuser, die sauberen, beleuchteten Straßen, Gas, Kanalisation, Parkanlagen, Sportplätze usw. Warum ziehen denn andauernd Bauernsöhne und Bauerntöchter in die Großstadt? Doch nicht wegen der Wohnungsnot auf dem Lande. Im Dorfe oder in der Vorstadt ist es ihnen „zu langweilig“, „da kann man sich nicht amüsieren“. In Süddeutschland stehen eine ganze Reihe Siedlungshäuser leer.

Vor allem muß besser für die kinderreichen Familien gesorgt werden, die sich schon vor dem Kriege meist mit den elendesten Wohnungen begnügen mußten, weil kein Hauswirt eine Familie mit vielen Kindern aufnahm. Man muß den kinderreichen Familien ein gesichertes Recht auf ein Eigenheim mit Garten geben, auch wenn sie keine Anzahlung leisten können und muß die Mieten oder die Zinsen dem Einkommen der Familie anpassen. Gerade kinderreiche Familien brauchen eine gesunde Wohnung. Die engen Löcher sind Herde der Tuberkulose und der Unfruchtbarkeit.

Kaukredite. Warum der Umweg: — Reich — Reichsbank — Gemeinden —. Selbst wenn die Reichsbank dem Reich einen Kredit von 3 Milliarden zur Verfügung stellen wollte (was sie ohne Erschütterung der

Währung gar nicht könnte), würden mindestens 50 Prozent der Gelder in den verschiedenen Verwaltungsstellen des Reiches, der Länder und Gemeinden hängen bleiben, genau wie bei der Hauszinssteuer. Da ist es doch viel einfacher, die 1½ Milliarden aus der Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau zu verwenden und zwar zur Erstellung billiger Wohnungen. Warum wird nicht bestimmt, daß die Hausbesitzer die Steuern direkt an die Sparkassen auf ein „Hausbaukonto“ zahlen, aus dem dann die Hauszinssteuerhypotheken an Private und Bauunternehmer gegeben werden, und zwar höchstens zu 5 Prozent einschließlich Amortisation? — Aber das wäre ja bei unserer heutigen Ueberorganisation gar zu einfach.

Trockenlegung. Es wäre sicher ein Fortschritt, wenn die 5 Milliarden für Kaufgetränke und die 2.7 Milliarden für Tabakwaren nutzbringend angelegt würden. Außerdem sparte man etwa 2 Milliarden für die Opfer und Schäden des Alkohols. Warum sind so viele „mäßige Trinker“, auch Christen, durchaus auf Kaufgetränke verfallen, warum ziehen sie die gesunden alkoholfreien Getränke, Fruchtsäfte, naturreine Traubensäfte, Milch, Tee, Kaffee, Kakao, Mineralwasser und — fast noch teurer — reines Quellwasser, nicht den Kaufgetränken vor? Gerade die „mäßigen Trinker“ sind das größte Hindernis in der Alkoholkämpfung. Alle Gifte hält der Staat unter Verschluss. Alkoholvergiftungen hindert er nicht, sondern fördert sie. Warum ist es dem Deutschen so schrecklich, klares Wasser zu trinken?

Daß „in keinem Lande soviel schlechter selbstgebrannter (müß wohl heißen: gebrannter) Schnaps vertilgt wird, wie in Amerika“, ist unbewiesen und meines Erachtens falsch. Viele Staaten in Nordamerika haben die Prohibition schon seit Jahren und Jahrzehnten und denken nicht daran, sie aufzuheben, selbst wenn im Staate New York das Saufen wieder erlaubt würde. Wenn bei der geheimen Abstimmung 80 bis 90 Prozent der Wähler den Alkohol ablehnen, so wäre es absurd, zu behaupten, diese Gegner wollten heimlich in eigenen Häusern eine Schnapsbrennerei einrichten. In Amerika sind es leider gerade die Deutsch-Amerikaner, welche am heftigsten die Prohibition bekämpfen. Jeder weiß, welche engen Beziehungen zwischen dem gewaltigen dioidendenreichen Braukapital in Deutschland und der deutsch-amerikanischen Presse bestehen. Beweis sind die Schauermärchen aus Amerika, welche von den Alkoholinteressenten in Deutschland der deutschen Presse von Zeit zu Zeit vorgelegt werden und welche diese, mit Rücksicht auf die fetten Sekt und Schnapsangehen „gehorsam aufnehmen“. Daß die 10 bis 30 Prozent, welche in Amerika für den Alkohol gestimmt haben, mit allen Mitteln versuchen, die Gesetze zu umgehen und ihre Sauferei fortzusetzen, bedarf keiner Frage. Für die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes, insbesondere der Jugend, ist die freiwillige Enthaltensamkeit von Kaufgetränken ganz selbstverständlich.

Sch.D.

Politik der Ratlosigkeit!

„Ein System, das nicht imstande ist, mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit aufzuräumen, ist dem Untergang verfallen.“

Der Reichsfinanzminister hat in Stuttgart mit diesem Satz dem deutschen Volk Kenntnis davon gegeben, daß die in diesem Ausdruck enthaltene Wismutwahrheit endlich — wenn auch reichlich verspätet — auch in den Köpfen der hervorragendsten Stützen dieses dem Untergang geweihten Systems aufgedämmert ist. Ein Emporschneilen der Arbeitslosenziffer um 380 000 Köpfe innerhalb 14 Tagen kann auch einen Finanzminister aus der Fassung bringen. Auch ihn wird der Hinweis des amtlichen Berichtes wenig getroffen haben, daß das Tempo der Zunahme sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verlangsamt hat. Die Tatsache, daß wir inzwischen 4½ Millionen Erwerbslose haben und daß dann immer noch eine ständige starke Zunahme festzustellen ist, genügt schon, um jede Hoffnung auf eine baldige Befundung der Verhältnisse zu erdrücken. Der Januar wird eine weitere erhebliche Steigerung bringen und am Ende des Monats wird die fünfte Million weit überschritten sein. Von einsichtigen Wirtschaftlern ist im Sommer diese Zahl schon vorausgesetzt, während die Regierung — immer noch im goldigen Optimismus sich wiegend — im Oktober durch den Reichskanzler die Auffassung bekundete, daß sie mit einer Durchschnittszahl von 1,6 Millionen Unterstützter in der Erwerbslosenversicherung rechne. Wieder einmal ein verhängnisvoller Rechenfehler und die nächste Notverordnung zum Ausgleich des mit Sicher-

heit zu erwartenden Fehlbetrages der Erwerbslosenversicherung ist bald fällig.

Es muß jedem einleuchten, daß die Regierung nun einfach gezwungen ist, zu Maßnahmen zu greifen, die rechtzeitig ergriffen, vielleicht wenigstens teilweise durchführbar gewesen wären, jetzt aber, als zu spät kommend, nur die allgemeine Ratlosigkeit vergrößern.

Das ist auch vom Plan des Reichsfinanzministers zu sagen. Die Subventionierung wichtiger Industrien zur Ankurbelung der Wirtschaft ist ganz gut und schön, aber die Durchführbarkeit ist anzuzweifeln. Das Ergebnis einer Subventionspolitik im großen Maßstab wird verhängnisvoll sein. Bisher schon hat die junge Republik die Erfahrung machen müssen, daß in ihr die Korruption, die Schiebung und verschleierte Transaktionen einen ungeheuren Umfang angenommen haben. Die Subventionspolitik aber würde den gewissenlosen Geschäftsmachern Tür und Tor weit öffnen. Glaubt der Finanzminister, daß er die subventionierten Betriebe so unter Kontrolle halten kann, daß auch die Anforderung der Subventionen nicht zur Erhöhung der Geschäftsgewinne verwandt wird? Mit Recht wehrt sich der Reichsverband der deutschen Industrie gegen die Durchführung dieses allerdings noch reichlich unklaren Planes, denn der ehrliche Kaufmann und Unternehmer will sich nicht nachsagen lassen, daß er seinen Gewinn den Subventionen entnommen hat.

Die moralische Seite einer solchen Politik ist also schon recht bedenklich. Wie steht es aber mit den Auswirkungen auf die Volks- und Weltwirtschaft?

Der Finanzminister will zunächst die wichtigsten Schlüsselindustrien, also die Rohstoffindustrie, subventionieren. Die weiterverarbeitende Industrie soll Nutzen aus dem so erreichten verbilligten Rohstoffbezug ziehen können und damit in der Lage sein, den Weltmarkt mit billigen Waren zu überschwemmen. Wo sind aber die Länder, die sich heute noch von den im Wege der staatlichen Subventionen verbilligten Waren einfach überschwemmen lassen und tatenlos zusehen, wie die einheimischen Industrien durch die deutsche Konkurrenz matt gefegt werden? Schleunigst wird man in aller Welt unter der Losung: Schutz der einheimischen Industrie! Schutz vor dem deutschen Dumping! die Zollmauern unüberwindlich hochziehen, so daß auch noch den Waren der Weg auf den Weltmarkt verperrt wird, die heute nur noch mühsam unterzubringen sind. Außerdem ist die überaus große Mehrheit der Weltmärkte von der Weltwirtschaftskrise befallen und in keiner Weise aufnahmefähig für eine größere Einfuhr deutscher Waren.

Es wird nichts nützen, wenn die deutsche Regierung der Welt klar zu machen sucht, daß nur durch eine gewaltige Steigerung der Ausfuhr sich die Erfüllungspolitik fortsetzen läßt. Die Welt wird sich die Ohren verstopfen und wird es ruhig darauf ankommen lassen, daß Deutschland schließlich zur Einstellung der Reparationszahlungen gezwungen ist.

Der Finanzminister mag Wege suchen, soviel er will. Alle diese Wege münden auf einen Weg aus, an dessen Ende die nationale Opposition vor Jahresfrist den einen Denksteins mit der Aufschrift errichtet hat: „Revision des Versailler Vertrages — Revision des Youngplans!“

Die Politik der Ratlosigkeit hat begonnen. Wer sollte bei einer solchen Not nicht ratlos werden? Auch dieser Frage sieht man ratlos gegenüber. An den amtlichen Verlautbarungen macht aber bereits eines stutzig, daß man einen Stundenlohn von Mk. 0,50 für den Arbeitsdienstpflichtigen für angemessen hält. Das wäre nun aber noch schöner. Der Soldat hat sich im Dienst für sein Vaterland mit wenigen Pfennigen per Dekade begnügen müssen, und der Arbeitsdienstpflichtige soll doch ebenfalls — wie früher der Soldat — seinem Vaterland einen besonderen Dienst leisten. Muß dieser Dienst nun auch noch bezahlt werden? Erstickten die Menschen von heute bereits so im

Materialismus, daß aber auch jedes Ideal verschwunden zu sein scheint? Wenn aber schließlich noch eine tarifmäßige Entlohnung stattfinden soll, dann haben wir die Arbeitsdienstpflicht nicht nötig.

Ueber die Zweckmäßigkeit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht läßt sich streiten und man muß feststellen, daß damit im Augenblick eine gründliche Besserung der Wirtschaftslage nicht mehr zu erreichen ist. Zu einem früheren Zeitpunkt aufgegriffen, hätte die Arbeitsdienstpflicht unserem Vaterland sehr von Nutzen sein können.

Man wird gespannt darauf sein müssen, welche Vorschläge der Reichsfinanzminister zu der Frage der Subvention im Einzelnen machen wird. Soviel ist aber schon an die Öffentlichkeit gedrungen, daß die Regierung aus sich keine Entscheidung in dieser Sache treffen will. Es soll ein sogenannter Enquete-Ausschuß gebildet werden, der sich mit diesen Dingen gründlich befassen soll. Das bedeutet soviel, daß vorläufig die ganze Angelegenheit auf die lange Bank geschoben wird. Das ist vielleicht die vernünftigste Lösung.

Es werden in den nächsten Monaten noch mancherlei Vorschläge auftauchen und verschwinden und uns den sicheren Beweis dafür liefern, daß unsere Politik im Zeichen der Ratlosigkeit steht.

Erfreulich ist, daß endlich auch von der Regierung aus dem deutschen Volke reiner Wein eingeschenkt wird. Der Außenminister hat kürzlich schon gesagt, daß das Jahr 1931 für uns schwerer sein wird als das Jahr 1918 und das Jahr 1923. Der Finanzminister aber fürchtet, daß das heutige System zerbrechen muß, weil es nicht in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit zu beheben. Das heutige System mag ruhig zerfallen, wenn nur Deutschland nicht untergeht.

Man mache endlich allgemein Schluss damit, das deutsche Volk über die furchtbar schwere Lage hinwegzutäuschen. Man höre auch auf, davon zu sprechen, daß wir im Winter des Wohlstandes leben und daß eine Stimmung der Unzufriedenheit sich ausgebreitet hat. Wenn die Not sich schwerer und schwerer auf das deutsche Volk legt, dann wird ein solches Geschwätz nur mit Bitterkeit empfunden. Wenn sich das deutsche Volk aber über die augenblickliche Lage in aller Nüchternheit klar wird, und wenn man sich dann in Einigkeit zusammensetzt, die Fäden zusammenbeißt und entschlossen den Kampf für die Behebung der Notstände und ihrer wirklichen Ursachen aufnimmt, dann ist auch das deutsche Volk nicht unterzugehen.

Fastnacht und Presse.

Der Evangelische Presseverband für Württemberg schreibt:

„Einen vorbildlichen Beschluß haben die Ulmer Zeitungen im Blick auf die Widerspiegelung des Faschings in der Presse gefaßt. Der Beschluß lautet wörtlich: „Die große Not in den weitesten Kreisen der Bevölkerung veranlaßt die Ulmer Zeitungen zu dem gemeinsamen Beschluß, über die Fastnachtsveranstaltungen in diesem Jahre nicht zu berichten. Die während der Fastnachtszeit fast täglich einen beträchtlichen Umfang einnehmenden Berichte über Maskenfeste und Bälle müßten gerade heuer bei einem großen Teil der Leser ein Gefühl der Bitterkeit hervorrufen, eine Tatsache, für die gewiß auch die veranstaltenden Vereine selbst Verständnis haben werden. Verlag und Schriftleitung: Ulmer Tagblatt, Schwäb. Volksbote, Donau-Wacht.“

Dieser Beschluß ist ein erfreuliches Zeichen davon, in welcher hohen Maße sich die Tagespresse verschiedener Richtungen für die Vorgänge in unserem Volksleben verantwortlich weiß. Man wird annehmen dürfen, daß der Ulmer Vorgang auch von anderen Zeitungen anerkannt und nachgeahmt wird. Die Presse wird ja trotzdem die

Fastnachtsvorgänge beobachten und im Sinne dieses Beschlusses nötigenfalls, wie das im Verus der Presse liegt, kritische Randbemerkungen gegenüber herausfordern. Deren Veranlassungen machen. Zu wünschen ist aber vor allem, daß auch die Bevölkerung diesen Wink versteht, den ihr die Presse gegeben hat. Soweit sie es nicht überhaupt vorzieht, Faschingsveranstaltungen fern zu bleiben und die zur Verfügung stehenden Mittel zu unmittelbarer Linderung der Not zu verwenden, sollten diese Veranstaltungen vor allem streng in den durch die allgemeine Notzeit gegebenen Grenzen bleiben. Man muß sich darüber klar sein, daß Veranstaltungen, die die Gefühle der Notleidenden verletzen, auch auf anderem Wege als auf dem der Presse bekannt werden.“

Der Ufa-Film.

Dazu wird geschrieben:

In Nr. 7 Ihres geschätzten Blattes bringen Sie eine Wiedergabe des „Christlichen Volksdienstes“, den Film „Jhankali“ betreffend, mit dem Urteil „ungeheuerlich“. Wir erlauben uns, Ihnen folgende authentischen Angaben über den „Jhankali“-Film zu geben:

1. „Jhankali“ ist kein Ufa-Film, sondern ein Leihfilm. Hersteller ist die Bog-Film-A.G.

2. Das Ufa-Theater in Stuttgart ist kein 100-prozentiges Ufa-Theater, sondern die Ufa ist nur daran beteiligt und hat infolgedessen auf Film-Ankauf und Film-leih keinen Einfluß.

3. In Ufa-Theatern ist der Film überhaupt nicht gelaufen. Sämtlichen anderen Theatern, wo die Ufa nur prozentual beteiligt ist, ist sofort von der Generaldirektion der Ufa die Mitteilung zugegangen, diesen Film unter keinen Umständen mehr zu spielen.“

Alle diese Berichtigungen vermögen nicht zu widerlegen, daß der Film-Film eine Seuche ist, die die Volksseele verdirbt, solange so wenig unterschieden wird wie jetzt zwischen dem, was schön und gut, und dem, was schlüpfrig und schlecht ist.

„General von Steuben.“

Probefahrt des Lloydampfers. — Reichsgründungsfeier an Bord.

Der in Bremerhaven auf der Werft der Deschimag umgebaute Lloydampfer „General von Steuben“ (die frühere „Münche“) wurde nach erfolgreicher Probefahrt vom Norddeutschen Lloyd wieder übernommen.

An der Fahrt, die von Bremerhaven an Norddeutsche und Helgoland vorbei wieder nach Bremerhaven führte, nahmen zahlreiche Ehrengäste teil, unter ihnen als Vertreter der in Bremen stationierten Marineabteilung Kapitän zur See Bäumker, Vertreter des Bremer Konsularkorps, die Chefs der Reichsbehörden, die in Bremen ihren Sitz haben, General von Steuben, ein Nachkomme des Namensgebers des Schiffes, sowie Vertreter der Handelskammer und der Presse.

Bei der Mittagstafel an Bord des Schiffes gedachte Geheimrat Dr. h. c. Stimming des Reichsgründungsages. Er schloß seine Ansprache mit der Aufforderung: „Lassen Sie uns das Gedächtnis erneuern, daß unser Herzschlag, unser letzter Gedanke nur dem Vaterlande, dem Sinnen und Trachten für den Wiederaufstieg gewidmet sein sollen.“

Dann übergab Generaldirektor Glaesfel Kapitan Bruenings, der bereits früher die „Münche“ geführt hatte, das Schiff, wobei er an den Ausdruck des Großen Kurfürsten erinnerte: „Handel und Schifffahrt sind die stürksten Stützen des Staates“.

rade recht. Will man nicht in bloßen Gefühlen der Verehrung für einen großen Mann stecken bleiben, so lese man dieses Buch. Es vermittelt die lebendigsten Eindrücke von Bodelschwings Arbeit, zeigt die tragenden Motive und Ziele seines Handelns, weckt das Verständnis für die Kämpfe, Aufgaben und Schwierigkeiten der Bethelgemeinde, behütet vor manchem ungerechten und übertriebenen Urteil und will Kräfte des Mitstreitens und Mittragens wecken und für gemeinsamen fröhlichen Dienst in der Nachfolge Jesu Christi fruchtbar machen. Nur aus solcher inneren Haltung heraus kann die Erinnerung an Vater Bodelschwing recht gefeiert werden.

Des Knaben Wunderhorn.

Zum 100. Todestag des Dichters Achim v. Arnim.

Achim von Arnim, ein udermärkischer Junfer von altem Adel, wurde vor 150 Jahren, am 26. Januar 1781, in Berlin geboren und starb vor 100 Jahren auf dem Familiengut seiner von Arnim in Wiepersdorf bei Dahme in der Mark am 21. Januar 1831.

Dieses zufällige Spiel der Zahlen ist für uns aber nicht der einzige Grund, seiner zu gedenken, denn es wäre schlimm um die Bedeutung dieses Mannes bestellt, wenn nicht auch sein Werk noch in die Gegenwart hineinreichte.

Das Schicksal Achim von Arnims aber sollte es sein, daß er durch eine Sammlung von alten Volksliedern berühmt wurde, als durch seine eigene poetische Tat, ebenso wie die Unsterblichkeit des Namens seines Schwagers Brentano durch diese Sammlung bedingt wurde, die den Namen trägt: „Des Knaben Wunderhorn“.

Das war überhaupt das große Verdienst der Romantiker, daß sie den Reichtum der deutschen Sage und Geschichte, die verschütteten Kleinode der deutschen Kultur zum Inhalt ihrer Poesie machten. Zum ersten Male wurde in des Knaben Wunderhorn ohne alles wissenschaftliche Beiwerk, ohne die Anführung aller

Saat und Segen in zwölf Jahren der Arbeit von Bethel.

Ein Rückblick auf die Jahre 1919 bis 1930. Von F. von Bodelschwingh. Verlagshandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld. 1931. Preis 1,30 Mk.

Im allgemeinen sind Jahresberichte nicht so beliebt. Man fürchtet trockene Statistik und nüchternes Aneinanderreihen von Tatsachen. Hier ist es anders. Es wird einfach und fesselnd erzählt, wie man immer tut, wenn Geschichte wirklich lebendig werden soll. Und nur ganz am Ende kommen ein paar Rubriken mit Zahlen. Es ist interessant zu sehen, wie diese einzelne und eigenartige Gemeinde das große und zugleich furchtbare Geschehen jüngster Vergangenheit erlebt hat. Wir hören von den wachsenden finanziellen und seelischen Lasten während der Kriegs- und Inflationszeit, von dem „Bethel in Not“, dem gerade in seiner schwersten Zeit sich so viele helfende Hände entgegenstreckten. Von der Lazarettarbeit wird erzählt, die über 30.000 verwundete und kranke Krieger nach Bethel brachte, von der Revolutionszeit mit ihren mancherlei Umstellungen, von der wachsenden Arbeit an Epileptischen und Gemütskranken, für die Raum geschaffen, Helfer und Herzen zu ihrer intensiven Betreuung gewonnen werden mußten. Die Arbeit an den heimatlosen Wanderern nahm zu, die Erziehungsarbeit in der Fürsorge macht ein Eingehen auf neue Erkenntnisse und Gedanken notwendig. Auch über die Fragen mehr technischer und wirtschaftlicher Natur kann ein Rückblick nicht schweigen. Die Schulfrage war brennender denn je, der Zusammenhang mit der deutschen Christenheit stellte die Bethelarbeit in den Dienst der Kirche, wies sie aber auch hin auf die Aufgaben der Mission in Afrika und unter den Deutschen in der Fremdenlegion. Hinter aller Arbeit stand und steht die Aufgabe der inneren Sammlung der Kräfte, die Gott gibt. Aus solcher Sammlung erst kommt der rechte Blick für die neuen Fragen und Aufgaben der Zukunft, Auf-

gaben, wie sie z. B. jetzt durch die Not der jungen Arbeitslosen gestellt werden, für die Arbeit und Heimat geschaffen werden muß, Fragen innerer Art, wie sie etwa von den Säkularisierungsbestrebungen gegenüber der ganzen inneren Mission gestellt werden. Dabei geht es um die Grundlagen aller Bethelarbeit, über die Pastor von Bodelschwingh am Schluß schreibt: Wir möchten uns mit allen unseren Pflegebefohlenen auf den Hintergrund der Ewigkeit stellen. Unsere Gemeinde möchte im Zusammenhang mit dem königlichen Reiche Jesu Christi leben. Das gibt allem Leiden und allem Dienst der Liebe den letzten Sinn. Das bestimmt auch für Bethel Gehalt und Dauer seiner Arbeit. Führt sie in wachsenden Kampf hinein, so sei es ein Kampf nicht um unsern Bestand oder um unsere Ehre, sondern ein Kampf um das Evangelium. Dem Evangelium aber gehört der Sieg. Darum setzen wir unseren Dienst fort als die, die glauben und hoffen dürfen.“

Die Geschichte Bethels ist ein Stück Kirchengeschichte. An ihrer Saat und ihrem Segen haben alle teil, die Bethels Arbeit mit ihrer Fürbitte und ihren Gaben tragen. Für sie ist dieses Buch geschrieben, um sie aufs neue an der Gemeinschaft gegenseitigen Nehmens und Lebens zu beteiligen. Durch die ganze Art, wie hier erzählt wird, stellt es starke persönliche Beziehungen her. In ihm schwingt eben — im Gegensatz zu einem kalten „Bericht“ — die ganze Wärme starker innerer Verbundenheit, einer Verbundenheit einmal mit dem großen Freundeskreis Bethels, den der jetzige Anstaltsleiter teilnehmen läßt an der Fülle der Ereignisse der letzten Jahre, an der Größe der zukünftigen Aufgaben und andererseits mit der Bethelgemeinde im engeren Sinne, deren Blick er auf die Gesamtarbeit richtet, um sie dadurch zu freudigem Dank, neuer Verantwortung und vermehrter Treue aufzurufen.

Zur Hundertjahrfeier des Geburtstages Vater Bodelschwings erscheint dieser Rückblick und Ausblick ge-

Eröffnung

Vor der Festschau
reue. — Mittwoch

Die 62. Tagung der von der Festliche Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Reichsverbandes der Deutschen Wirtschaftlichen Interessen wurde, und Transaktionen, auch die Frage der

In der vor- Mai einzigen vom veränderungen z. Dr. Curtius Kriplaneten Reform naturveränderungen

In der Zu gegenüber der le geändert. Fesseln dem die Minister wichtigsten Gegen minster Dr. Cui Jalesti, genau an liert waren! Vertagung der

Die erste m wird, ist die des konferenz. Eing einem wahrschein spanischen Reichs beiten“ des Vorb im Verlaufe der Aussprache über günstigen und füll eröffnet werden. dieser Dacheilun gen öffentlich un dung über Ort u lich bis in die z lid des Vorsitzes gung, diese Frag vorzubehalten.

Die zweite deutschen Anlag Mittwoch zur schint man bem lung zu den Vor zubereiten. Den schließung Hingl furchtbaren No und Bolens Be brandmarkt, zum erster Linie die Kritik before

Kriegs

Deutschlands Au port um 19 Kr die

Im weiteren Haushaltsauschu sekretär Dr. Tr Er führte aus: Die herrsche der der Welt. Ab

Reserven, die w barem poetischei zusammengefiell Berührung kam, findungskraft de

Daß es ein dieses Werkes, gewidmet war, Des Knaben W die deutsche Vol deutscher Volks Mörde, Heine u Lieder nicht „Heldenslein“ schöplichen Sun

Wer heute Wunderhorn bl Frage: „Und w lied geworden?“ schlagert es und und frivoler ob einen Tag beläc Bildigkeit ober gehen.

Unter diese echte Volkslied unter Unkraut die Erinnerung Arnim zu eine bieten spüren n Im alten deutl Schag, der in r die Gemütsverte könnte.

In diesem taten der Berga Sollte einmal d nemwächter“, „Stum, Schuld un viele gute Erzä werden, des Kn der Literatur i geworden.

Vor der Entscheidung.

Eröffnung der Ratstagung.

Vor der Festsetzung des Datums der Abrüstungskonferenz. — Mittwoch Verhandlung der deutschen Anlagennoten.

— Genf, 20. Januar.

Die 62. Tagung des Völkerbundesrates begann unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson mit einer Geheimnisfeier, die dann in eine öffentliche Sitzung überging. Der Andrang des Publikums und der Presse zu der öffentlichen Verhandlung war groß. Wichtige Punkte standen jedoch vorerst nicht zur Debatte. In der Hauptsache nahm der Rat eine Reihe von Berichten über die Tätigkeit des Bundes auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet entgegen. Beschlossen wurde, für Oktober 1931 eine vierte Verkehrs- und Transitkonferenz einzuberufen und dieser Konferenz auch die Frage der Kalenderreform zu unterbreiten.

In der vorausgegangenen Geheimnisfeier hatte der Rat einigen vom Sekretariat vorgekommenen Personalveränderungen zugestimmt, wobei Reichsaussenminister Dr. Curtius Kritik da an übte, daß noch vor der geplanten Reform des Völkerbundes wichtige Personalveränderungen vorgenommen werden.

In der Zusammenfassung des Rates hat sich gegenüber der letzten Tagung im September 1930 nichts geändert. Fesselnd war das Bild des hufeisenförmigen, an dem die Minister Platz genommen hatten, und wobei die wichtigsten Gegenspieler dieser Tagung: Reichsaussenminister Dr. Curtius und der polnische Außenminister Jaksfi, genau an den analogen Punkten der Tafel positioniert waren!

Vertagung der Entscheidung über den Vorsitz der Abrüstungskonferenz?

Die erste wichtige Frage, die behandelt werden wird, ist die des Datums und des Ortes der Abrüstungskonferenz. Eingeleitet werden diese Erörterungen mit einem wahrscheinlich höchst unzulänglichen Bericht des spanischen Botschafters Quinones de Leon über die „Arbeiten“ des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses. Noch im Verlaufe des Dienstagnachmittags soll dann die Aussprache über diesen, wie man hört, unbegründet günstigen und für Deutschland unannehmbaren Bericht eröffnet werden. Die deutsche Delegation wird von dieser Darstellung der künftigen Abrüstungsarbeiten öffentlich und scharf abriden müssen. Die Entscheidung über Ort und Zeit der Abrüstungskonferenz dürfte sich bis in die zweite Wochenhälfte hinstrecken; hinsichtlich des Vorsitzes der Abrüstungskonferenz besteht Neigung, diese Frage der Konferenz selbst zur Entscheidung vorzubehalten.

Die zweite Hauptfrage der Januar-Tagung: die deutschen Anlagennoten gegen Polen, soll erstmals am Mittwoch zur Debatte gestellt werden. Gegenwärtig scheint man bemüht zu sein, eine Völkerbundsentscheidung zu den Vorfällen bei den polnischen Wahlen vorzubereiten. Deutschlands Stellungnahme zu dieser Entscheidung hängt davon ab, ob diese Resolution der fürchtbaren Not der deutschen Minderheit gerecht wird und Polens Verhalten mit der notwendigen Schärfe brandmarkt, zum anderen interessieren Deutschland in erster Linie die praktischen Auswirkungen, die dieser Kritik folgen können.

Kriegsschulden und Krise.

Deutschlands Ausfuhr seit 1925 um 9, Englands Export um 19 Prozent gesunken. — „Am Augenblick ist die Politik unser Schicksal.“

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß des Reichstags äußerte sich Staatssekretär Dr. Trendelenburg über die Wirtschaftskrise. Er führte aus:

Die herrschende Weltwirtschaftskrise erfährt alle Länder der Welt. Ihre letzten Ursachen zeichnen sich noch nicht

klar, die Poeseie des deutschen Volkes mit wunderbarem poetischen Empfinden in seinen Volksliedern zusammengefaßt, und jeder, der mit diesem Werk in Berührung kam, staunte über die schlichte, innige Empfindungskraft der deutschen Seele.

Daß es ein Wunderhorn war, zeigte die Wirkung dieses Werkes, das Goethe, dem die erste Ausgabe gewidmet war, mit einer begeisterten Kritik begrüßte. Des Knaben Wunderhorn wurde zum Lebensquell für die deutsche Volkshyrie. Es wurde die Mutter neuer deutscher Volkslieder, ohne die Eichendorff, Uhland, Mörike, Heine und viele andere manche ihrer schönsten Lieder nicht hätten finden können. Auch Goethes „Heideröslein“ hat den poetischen Stoff dieser unerschöpflichen Fundgrube entnommen.

Wer heute mit unerschöpflicher Seele in des Knaben Wunderhorn blättert, der stellt sich unwillkürlich die Frage: „Und was ist heute aus dem deutschen Volkslied geworden?“ Aus allen Lautsprechern jagt und schallert es und überschüttet uns mit einer Flut leichter und frivoler oder sentimental-kitschiger Schlager, die einen Tag belächelt werden und dann an ihrer eigenen Blödsinnigkeit oder an ihrem erlogenen Gefühl zugrunde gehen.

Unter diesem Schlagertrummelfeuer geht aber das alte Volkslied unter. Es erstickt wie eine edle Pflanze unter Unkraut und Disteln. Auf diese Weise werden die Erinnerungstage an den Romantiker Adam von Arnim zu einer ernsten Mahnung. Auf allen Gebieten spüren wir, daß uns ein neuer Geist not tut. Im alten deutschen Volkslied schlummert ein reicher Schatz, der in rechter Form zu neuem Leben geweckt, die Gemütskräfte unseres Volkes läutern und stärken könnte.

In diesem Sinne ist ein Rückblick auf die Kultur-taten der Vergangenheit immer fruchtbar und wertvoll. Sollte einmal das poetische Werk Arnims „Die Kronenwälder“, „Fabeln von Aegypten“, „Armut, Reichtum, Schuld und Buße der Gräfin Dolores“, sowie viele gute Erzählungen und Gedichte, ganz vergessen werden, des Knaben Wunderhorn ist in der Geschichte der Literatur und des deutschen Volkes unersetzlich geblieben.

J. B.

deutlich ab. Aufschneidend haben aber die internationalen Finanzleute recht behalten, welche schon Ende 1919 auf die internationale Kriegsschuldung als Hindernis für die Rekonstruktion der Welt hingewiesen haben. Das wichtigste Symptom der Krise ist die Verschiebung des Wertverhältnisses zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigzeugnissen andererseits.

In den Vereinigten Staaten herrscht eine industrielle Sonderkrise als Rückschlag nach einer Periode stürmischer Investitionen. Auch in Deutschland ist auf industriellen Gebiet eine ähnliche Sondererscheinung zu beobachten bei starker Kapitalknappheit. Die Investitionen sind hier mit Auslandskapital durchgeführt worden, das noch über die mit geborgtem Geld abgedeckten Reparationen hinaus beschafft wurde. Der Kapitalzufluß vom Ausland erzeugte eine Scheinblüte, die u. a. zu mangelhafter Disziplin der öffentlichen Finanzen und zur Uebersteigerung der Preise für viele wirtschaftliche Güter, Waren und Leistungen führte.

Die Weltkrise spiegelt sich im Außenhandel der Welt wieder, dessen Volumen gegenüber 1925 um ein Fünftel zurückgegangen ist. Die Ausfuhr Deutschlands ist um 9 Prozent, die Großbritanniens um 19 Prozent, die der Vereinigten Staaten um 24 Prozent gesunken. Der Rückgang der Ausfuhr nach Amerika ist bei Deutschland und Großbritannien mit 23 Prozent gleich. Der Rückgang der Ausfuhr nach Europa ist bei Deutschland verhältnismäßig gering. Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich ist sogar um 29 Prozent gestiegen.

Die Verzerrung der Wertbemessung zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigwaren andererseits muß beseitigt werden. Hieraus hat die Reichsregierung die Forderung einer Senkung des industriellen Selbstkosten- und Preisniveaus gezogen. Das ist zugleich die beste Hilfe, die seitens der Industriewirtschaft für die Landwirtschaft geleistet werden kann. Vor der gleichen Notwendigkeit stehen auch andere industriell tätige Länder.

Im weiteren Verlauf muß Wert darauf gelegt werden, daß sich die Selbstkosten- und Preisniveaus in einer Wirtschaftskrise auch in allen folgenden Stufen auswirken. Dieser Grundgedanke gilt natürlich auch für die Tarife der Beförderungsanstalten und anderer Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand. Tatsächlich ist der Lebenshaltungsindeks gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Prozent gesunken und gegenüber seinem höchsten Stand im März 1929 um 9,5 Prozent.

Ueber die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands äußerte sich Staatssekretär Dr. Trendelenburg zum Schluß dahin, was den Produktionsapparat, die Arbeitswilligkeit und die Arbeitsfähigkeit angehe, sei die deutsche Wirtschaft im Kern gesund. Im Augenblick sei aber nicht die Wirtschaft, sondern die Politik unser Schicksal.

Scharfe Kampfanlage Bayerns.

Wegen des Steuervereinhaltungsgegesetzes. — Anrufung des Staatsgerichtshofes.

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei, der in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Heide in München eine Sitzung abhielt, betrachtete die Aufnahme des sogenannten Steuervereinfachungsgegesetzes in die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 als einen schweren, „mit den Grundgesetzen der Reichsverfassung in Widerspruch stehenden Eingriff in die Lebensrechte der Länder.“

„Der Landesausschuß weiß — so heißt es in einer parteiamtlichen Mitteilung über den Verlauf der Sitzung weiter —, daß damit ein entscheidender Abschnitt in dem Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit der Länder begonnen hat. Er ist deshalb der Ueberzeugung, daß alle rechtlichen und auch die letzten politischen Mittel von Seiten der Partei eingesetzt werden müssen. Die Klage vor dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches ist sofort zu erheben. Ihr hat die Anwendung der letzten politischen Mittel zu folgen, wenn nicht in angemessener Frist die Reichsregierung ein befriedigendes Ergebnis schafft.“

Das letzte politische Mittel, von dem in dieser Verlautbarung die Rede ist, wäre der Austritt der Bayerischen Volkspartei aus der Reichsregierung. Es zieht also eine neue innenpolitische Krise heraus! Was die Anrufung des Staatsgerichtshofes betrifft, soll die angekündigte Klage in den nächsten Tagen durch die bayerische Staatsregierung eingereicht werden.

Die Opfer in Mexiko.

Bisher 116 Tote.

— Berlin, 20. Januar. Das letzte Erdbeben in Süd-mexiko zerstörte, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Mexiko, die kleinen Städte Miahuatlan, San Pedro Apostol und Ayoquesto vollkommen. Bisher wurden 116 Tote geborgen. Die Zahl dürfte sich aber noch erhöhen, da die Rettungsmannschaften unter den Trümmern immer noch Leichen finden. In den Staaten Oaxaca und Veracruz wurden leichte Erdstöße wahrgenommen.

Eine neue Niederlage Hoovers.

— Newyork, 20. Januar. Präsident Hoover hat am Montag im Senat eine neue Niederlage erlitten. Obwohl der Präsident wiederholt erklärt hat, daß die Hilfsaktion des Roten Kreuzes für die notleidenden Farmer nur durch private Spenden unterstützt werden könne, bewilligte der Senat 100 Millionen Mark aus den Mitteln des Innendepartements für das Rote Kreuz zum Ankauf von Lebensmitteln für die notleidenden Farmer.

Bandenverstecke zur Abrüstungsfrage.

Der belgische Sozialistenführer Vandervelde betonte in einer Rede, die Friedensverträge müßten in gemeinsamen Einverständnis revidiert werden. Kame es nicht dazu und würden die in Versailles vertraglich übernommenen Verpflichtungen nicht gehalten, dann könnte man Deutschland nicht daran hindern, wieder aufzurücken.

Auf die lange Bank?

— Berlin, 20. Januar.

Die Januar-Tagung des Völkerbundesrates, die am Montag in Genf mit der üblichen Geheimnisfeier ihren Anfang nahm, wird in den nächsten Tagen Verhandlungen bringen, die zu den folgenschwersten gehören, die je von diesem Gremium geführt worden sind. Vor allem sind es zwei Dinge, um die der Kampf geht: die Stellungnahme des Rates zu den deutschen Anlagennoten gegen Polen und die Ratseinstimmung über den Termin der Abrüstungskonferenz.

Was die Minderheitenfrage betrifft, hat Deutschland dem Rat Material unterbreitet, aus dem sich ergibt, daß wir es hier nicht mit Wahlzirkelgeschäften zu tun haben, wie sie leider Gottes in allen Ländern zu beklagen sind, sondern mit den Auswirkungen eines politischen Systems, dessen letztes Ziel die Ausrottung des deutschen Volkstums in Polen ist. Ueber die asiatische Grausamkeit, mit der Polen dabei vorging, ist die Welt jetzt hinreichend aufgeklärt. Neue Untersuchungen an Ort und Stelle könnten zwar neue Einzelheiten erbringen, vielleicht auch Polen demütigen, der sachliche Erfolg des deutschen Vorstoßes wird jedoch durch die Entsendung einer Völkerbundsmission am allerwenigsten gefördert.

Ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken gegen Völkerbundsuntersuchungen ist zu sagen, daß die erste Folge einer neuen Untersuchung die Hinausschiebung der Entscheidung sein würde. Und gewöhnlich verbleibt es dann nicht bei einer Vertagung, sondern die Entscheidung wird von der einen zur anderen Ratstagung zurückgestellt, man läßt Gezeitenminnen springen, vertuscht und entstellt, bis schließlich die ganze Untersuchung im Sande verläuft.

Die deutsche Delegation kann daher an der Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärstellung der Gewalttätigkeiten in Polen kein Interesse haben. Polen ist längst vor aller Welt gebrandmarkt! Es bedarf daher keines neuen Anlagematerials, wohl aber gilt es, aus dem vorhandenen Belastungsmaterial die Folgerungen zu ziehen. Und da ergibt sich zunächst, daß die Minderheitenschutzverträge in ihrer jetzigen Gestalt nicht ausreichen, um den nationalen Minderheiten in den Ländern, deren Regierungen bösen Willens sind, die einfachsten Menschenrechte zu sichern. Der Völkerbund als die für die Innehaltung der Schutzverträge verantwortliche Instanz muß deshalb die Entrechtung der nationalen Minderheiten durch die polnischen Behörden und ihre Auslieferung an die aufständischen Verbände scharf und eindeutig verurteilen und darüber hinaus neue Garantien von Polen erzwingen. Die Parlamente aber, die aus den Terrorwahlen des Roten hervorgegangen sind, müssen aufgelöst und neu gewählt werden.

Allein auf diesem Wege kann den nationalen Minderheiten Hilfe geleistet werden, und daß das rasch und wirksam geschieht, dafür muß die deutsche Abordnung sorgen. Jeder neue Tag, an dem die Minderheiten der Willkür der Staatsmacht preisgegeben sind, mindert ihre Widerstandskraft und gefährdet damit das nationale Schicksal eines Landes, das von deutschen Kolonisten urbar gemacht worden und trotz aller Unterdrückung und Schädigung bis zum heutigen Tage deutsch geblieben ist.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß der Völkerbundsrat gleichzeitig mit der grundlegenden Entscheidung der Minderheitenfrage auch hinsichtlich des Termins und des Vorsitzes der großen Abrüstungskonferenz endgültig Klarheit schaffen muß. Auch hier muß Deutschland jede weitere Verschleppung verhindern und für den baldigen Zusammentritt der Konferenz unter neutralem Vorsitz eintreten.

Welchen Verlauf die neue Ratstagung, die 62. seit Bestehen des Völkerbundes, nehmen wird, ist im voraus schwer abzuschätzen. Die Stunde ist ernst! Polen besitzt mächtige Freunde im Völkerbund, und die Regierung des Rates zu klaren Entscheidungen ist bekümmert sehr gering. Die deutsche Delegation darf daher nichts scheuen, um trotz dieser Schwierigkeiten unseren Volksgenossen in Polen Gerechtigkeit zu verschaffen — und damit neuen Mut zum Aufstehen — einzuführen. Die Waffen, die ihr dabei zur Verfügung stehen, sind das in Genf so sehr gefürchtete Nein, die Abreise und der Austritt aus dem Völkerbund.

Eines darf es diesmal nicht geben: Bereitschaft zu unehrlichen Zwischenlösungen. Wenn der Völkerbund unfähig ist, die Aufgaben zu lösen, die ihm obliegen, dann hat zumindest Deutschland keine Verantwortung, den Bankrott des Völkerbundes zu verschleiern!

Die Indien-Konferenz beendet.

Eine Bundesregierung mit eingeschränkter Vollmacht. — Landesverteidigung und Finanzen bleiben Angelegenheiten Englands.

Nach zehnwöchiger Dauer hat die englisch-indische „Konferenz am Runden Tisch“ mit einer feierlichen Sitzung im St. James-Palast in London ihren Abschluß gefunden. Ministerpräsident Macdonald brachte eine sorgsam formulierte Regierungserklärung zur Verlesung, in der den Indern unter der Voraussetzung einer

Parlamentarischen Bundesverfassung

und mit besonderen Reservatrechten der Krone der Rang eines britischen „Dominion“ versprochen wird. Es sind ein Zentralparlament und Provinzialparlamente vorgesehen. In der Uebergangsperiode soll die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes sowie das Recht der politischen Freiheit der Minderheiten durch gewisse Garantien gewährleistet werden. Die indische Bundesregierung soll die bisher unabhängigen Staaten in ihrer Souveränität nur soweit beschränken, als diese Staaten der Bundesregierung freiwillig Teile ihrer Souveränität abgeben. Gleichzeitig mit der Anerkennung der Regierung, die auf einem föderativen System basiert, ist die englische Regierung bereit, auch das Prinzip anzuerkennen, daß diese Bundesregierung dem Bundesparlament verantwortlich ist.

Dagegen werden Landesverteidigung und auswärtige Vertretung dem Generalgouverneur vorbehalten sein. Außerdem wird der Generalgouverneur mit solchen Machtbefugnissen ausgestattet, daß er instand gesetzt wird, die innere Ruhe und die Verfassung des

